

V6 Verfassungsschutz abschaffen und Innenministerium neu besetzen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 04.07.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Inhaltliche Anträge

- 1 Arbeitsverweigerung gegen Rechts - Ambitioniert gegen links. So lässt sich nicht
2 nur die Arbeit des sächsischen Verfassungsschutzes beschreiben, sondern oftmals
3 auch die Arbeit der Polizei und des Innenministeriums im Allgemeinen.
- 4 Der Verfassungsschutz ist bereits in der Vergangenheit vor allem durch seine
5 Blindheit auf dem rechten Auge aufgefallen. Nun droht die ohnehin schon sehr
6 schwache und kaum vorhandene Arbeit des Verfassungsschutzes im Bereich
7 Rechtsextremismus mit dem neuen Chef noch wirkungsloser zu werden. Eine
8 Fachaufsicht, die diese aktiv behindert und den Rechtsextremismus massiv
9 verharmlost ist nur die eine Spitze des Eisberges.
- 10 Unabhängig davon wirft die rechtswidrige Datensammlung und -speicherung im
11 Verfassungsschutz einmal wieder ganz grundsätzlich Fragen zur Arbeitsweise des
12 Verfassungsschutzes auf. Dass der Verfassungsschutz offenbar nicht in der Lage
13 ist , stichhaltige und rechtssichere Belege für die Beobachtung von
14 Verfassungsfeinden, namentlich Pegida und die AfD zu finden, zeigt einmal mehr
15 deutlich, dass der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist seiner eigentlichen
16 Aufgaben gerecht zu werden. Jede antifaschistische Organisation scheint besser
17 über rechte Umtriebe Bescheid zu wissen als der Verfassungsschutz.
- 18 Die aktuellen Enthüllungen stehen in einer Linie mit vielen anderen Vorfällen in
19 der Vergangenheit. Beispielhaft dafür stehen der Umgang mit den Vorfällen in
20 Chemnitz im August 2018, mit Pegida und auch den rechten Krawallen in Leipzig.
21 Die Eskalationen in diesem Zusammenhang stehen in direktem Zusammenhang mit
22 massiven Fehleinschätzungen des Innenministeriums auf höchster Ebene, die somit
23 verantwortlich zu machen ist. Ebenso dazu zählen die noch immer nicht komplett
24 aufgeklärten Verstrickungen zum NSU. Es ist also deutlich, dass dieses Amt
25 seinem Auftrag in keinsten Weise gerecht wird: Der Verfassungsschutz gehört
26 abgeschafft und durch eine neue Behörde ersetzt, die dem Parlament absolute
27 Rechenschaft schuldet. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte "Dokumentations- und
28 Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung demokratiefeindlicher Bestrebungen"
29 kann dabei ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Gründung einer neuen
30 Behörde zur Terrorabwehr mit weniger Personal und klar begrenzten und eng
31 kontrollierten Befugnissen sein. Wir erwarten die schnellstmögliche Einrichtung
32 dieser so wichtigen Stelle.
- 33 Der Verfassungsschutz ist aber nur ein, wenngleich der größte Problemfall in der
34 sächsischen Innenpolitik. Auch die Polizei und das Innenministerium bis hoch zum
35 Innenminister persönlich sind von gravierenden Problemen betroffen und tragen zu
36 diesem massiv bei.
- 37 Angefangen bei verschwundenen Waffen der Polizei über strukturellen Rassismus
38 bis hin zum Fahrradgate gerät die sächsische Polizei immer wieder in die
39 Schlagzeilen. Die Tatsache, dass das Innenministerium diese Probleme nicht in
40 den Griff bekommt, sondern diese vertuscht und die Öffentlichkeit täuscht,
41 verdeutlicht das strukturelle Problem auch im Innenministerium.

42 Dass diese strukturellen Probleme seit Jahren in keinster Weise angegangen und
43 behoben wurden, hängt auch mit dem mangelnden Reformwillen der verantwortlichen
44 Personen zusammen. Es ist also deutlich, dass kein Weg an personellen
45 Veränderungen an der Spitze des Innenministeriums vorbeiführt. Dafür tragen die
46 Regierung und insbesondere der Ministerpräsident Verantwortung.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Die neuesten Enthüllungen über die Vorgänge im Innenministerium und Verfassungsschutz, wurden erst am Mittwoch, 1. Juli veröffentlicht. Die Antragsfrist endet allerdings bereits am selben Mittwoch, morgens um 10 Uhr. Dementsprechend war es nicht möglich den Antrag fristgerecht zu schreiben. Aufgrund der Dimensionen und der bis in die Spitze des Ministeriums reichenden Verstrickungen des organisierten Versagens, erachten wir es als sinnvoll einen Beschluss der LMV herbeizuführen, auf den sich der Landesvorstand im Weiteren stützen kann.

Normale Begründung:

erfolgt mündlich